

Die Regierungserklärung des Führers

Der Führer verkündet die volle deutsche Hoheit in der entmilitarisierten Zone Der Rheinpakt erloschen — Deutschlands Berstandigungswille unvermindert

Nede des Führers vor dem Reichstag

Männer des Deutschen Reichstages!

Der Präsident des Deutschen Reichstages, Parteigenosse Göring, hat in meinem Auftrag diese heutige Sitzung einberufen, um Ihnen die Gelegenheit zu geben, eine Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen zu den Fragen, die nicht nur von Ihnen, sondern vom ganzen deutschen Volk instinktiv als wichtig, ja entscheidend angesehen werden.

Als in den grauen Novembertagen des Jahres 1918 der Vorhang über das blutige Trauerspiel des großen Krieges herabgelassen wurde, atmeten Millionen von Menschen in der ganzen Welt auf. Gleich einem Frühlingssahnen ging über die Völker die Hoffnung, daß damit nicht nur eine der traurigsten Verwirrungen der Menschheitsgeschichte ihren Abschluß gefunden, sondern daß eine fehlerhafte und deshalb unheilvolle Zeit ihre geschichtliche Wende erfahren hatte.

Durch alles Kriegsgeschrei, durch wilde Drohungen, Anklagen, Verwünschungen und Beratungen hindurch hatten die Auffassungen des amerikanischen Präsidenten die Ohren der Menschheit erreicht, in denen von einer neuen Zeit und einer besseren Welt die Rede war. In zusammen 17 Punkten wurde den Völkern ein Anrecht gegeben für eine solche neue Völker- und damit Menschheitsordnung. Was immer auch an diesen Punkten auszustellen war oder ausgestellt wurde, sie hatten ohne Zweifel eines für sich: Die Erkenntnis, daß eine mechanische Wiederherstellung früherer Zustände, Einrichtungen und Auffassungen in kurzer Zeit auch wieder zu ähnlichen Folgen führen müßten. Und darin lag das Verzaubernde dieser Thesen, daß sie mit unbefreitbarer Großartigkeit versuchten, dem Zusammenleben der Völker neue Gesetze zu geben und es mit einem neuen Geist zu erfüllen, aus dem heraus dann jene Institution wachsen und gedeihen konnte, die als Wunsch aller Nationen berufen sein sollte, die Völker nicht nur äußerlich zusammenzuschließen, sondern vor allem innerlich einander näherzubringen in gegenseitiger Rücksichtnahme und in gegenseitigem Vertrauen. Kein Volk ist der Zauberkraft dieser Phantasie mehr verfallen als das deutsche. Es hatte die Ehre, gegen eine Welt kämpfen zu müssen und das Unglück, in diesem Kampf zu unterliegen. Es war aber als Unterlegener belastet mit dem Fluch der Verantwortung für ein Ringen, das dieses Volk weder gewohnt, noch gewünscht hatte. Das deutsche Volk glaubte an diese Thesen mit der Kraft eines an sich und der Welt Verzweifelnden. Es begann damit seinen Weg in seine leidvollste Zeit. Wir alle sind viele Jahre hindurch Opfer dieses phantastischen Glaubens und damit Objekte der entsetzlichen Folgen gewesen. Es ist nicht der Zweck dieser Ausführungen, der furchtbaren Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, die unser Volk ergriffen hatte. Ich will nicht von der Verzweiflung reden und dem Schmerz und dem Jammer, den diese Jahre für das deutsche Volk und für uns in sich tragen. Wir waren in einen Krieg geißelt worden, an dessen Ausbruch wir genau so schuldlos oder schuldhaft waren, wie die anderen Völker auch. Wir aber sind gerade als die am meisten Opfernden auch am leichtesten dem Glauben an eine bessere Zeit verfallen.

Mein nicht nur wir, die Unterlegenen, haben die Verwandlung des phantastischen Bildes einer neuen Zeit- und Menschheitsentwicklung in eine jammervolle Realität erlebt, sondern auch die Sieger.

Seit die Staatsmänner der damaligen Zeit sich in Versailles einfinden, um eine neue Weltordnung zu beschließen, sind 17 Jahre vergangen. Zeit genug, um ein Urteil über die allgemeine Tendenz einer Entwicklung fällen zu können. Es ist nicht nötig, daß wir hier aus den Quellen literarischer oder publizistischer Tätigkeit kritische Stimmen über diese Zeit zusammensuchen und aneinander reihen, um so zu einer abschließenden Feststellung zu gelangen, nein. Es genügt, den Blick in die heutige Welt zu lenken, in ihr tatsächliches Erleben, in ihre Hoffnungen und in ihre Enttäuschungen, in ihre Krisen und in ihre Kämpfe, um die elderrige Antwort zu erhalten auf die Frage der richtigen Bewertung dieser Entwicklung.

Statt der wärmenden Empfindung einer allmählichen Entspannung menschlicher Beziehungen erleben wir die sorgenvolle Unruhe, die sich nicht zu vermindern, sondern leider zu steigern scheint.

Argwohn und Haß, Neid und Habguth, Mißtrauen und Verdächtigung sind die sicht- und fühlbaren Empfinden, die die Völker beherrschen.

Jener Friede, der einst als Schlüsselstein gelegt werden sollte über der vermauerten Gräber des Krieges wurde zur Drachengrube neuer Kämpfe. Wohin wir blicken, erleben wir das Aufklappen innerer und äußerer Unruhen. Kein Jahr vergeht, in dem nicht irgendwo auf dieser Erde statt dem Lärmen der Friedensglöcker das Geräusch der Waffen vernnehmbar ist. Wer will sich wundern, daß aus einer solchen tragischen Entwicklung heraus auch im Inneren der Völker das Vertrauen zur Richtigkeit einer Weltordnung erschüttert wird, die in so katastrophaler Weise zu verfallen scheint? Neue Vorstellungen versuchen sich der Menschheit zu bemächtigen und die sie gewinnen, sofort als Kämpfer für neue Eroberungen auszuscheiden. Die Weltgeschichte wird einmal feststellen, daß seit der großen Kriegsendigung die Erde von geistigen, politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen heimgehegt wurde, wie sie im allgemeinen nur in Jahrtausenden auftreten, um Völkern und Kontinenten ihren besonderen Sinn und Charakter zu geben. Man bedenke:

Seit dieser Zeit ist die Spannung zwischen den Völkern größer geworden als sie je zuvor war.

Die bolschewistische Revolution drückt einem der größten Reiche der Erde nicht nur äußerlich seinen Stempel auf, sondern setzt es innerlich in einen unüberbrückbaren weltanschaulichen und religiösen Gegensatz zu den umliegenden Völkern und Staaten. Nicht nur allgemein menschliche, wirtschaftliche oder politische Auffassungen brechen zusammen und begraben ihre bisherigen Vertreter, Parteien, Organisationen und Staaten unter sich, nein: eine Welt überfünftlicher Vorstellungen wird eingerissen, ein Gott wird entthront, Religionen und Kirchen ausgerottet, das Jenseits verdrängt und in qualvolles Diesseits als das einzige Gezielte proklamiert. Kaiser- und Königtümer zürzen und entwurzeln sich allmählich sogar in der Erinnerung, genau so wie umgekehrt wieder parlamentarische Demokratien von den Völkern aufgegeben werden, um neue Staatsbedenken an ihre Stelle zu setzen und parallel damit werden wirtschaftliche Maxime, die früher geradezu als Grundlage des menschlichen Gemeinschaftslebens gegolten haben, überwunden und abgelöst von konträren Auffassungen; dazwischen senken sich die Schreden der Arbeitslosigkeit und damit des Hungers und des Elends über die Völker und schlagen Millionen Menschen in ihren Bann. Diese erschauete Menschheit aber sieht, daß der Kriegsgott seine Rüstung nicht abgelegt hat, sondern im Gegenteil schwerer gepanzert denn je über die Erde schreitet. Wenn früher Armeen von Hunderttausenden für die Ziele einer imperialistischen Dynastie, Kabinetts- oder Rationalitätspolitik eintraten, dann sind es heute Millionenarmeen, die für neue geistige Vorstellungen, für Weltrevolutionen, Bolschewismus oder sogar „Nie-Wieder-Krieg“-Doktrinen zum Kriege rufen, und die Völker dafür in Bewegung setzen.

Meine Abgeordneten!

Wenn ich Ihnen und dem deutschen Volk diese Tatsachen vor Augen führe, geschieht es weniger, um Ihr Verständnis zu erweitern für die Größe der Zeit, in der wir leben, als vielmehr für die Angestiegenheit der geistigen und sachlichen Arbeit jener, die sich einst als berufen ausspielten, der Welt eine neue Epoche friedlicher Evolution und geeigneter Wohlfahrt zu schenken.

Und noch etwas möchte ich in dieser Stunde feststellen: An dieser Entwicklung sind nicht wir schuld, denn es lag nicht in unserer Kraft oder in unserem Vermögen, nach dem furchtbaren Zusammenbruch und in der Zeit der Demütigung und mehrfachen Mißhandlung der Welt Ideen zu geben oder gar Gesetze des Lebens vorzuschreiben. Das taten die mächtigen Regierenden dieser Erde. Deutschland aber gehörte mehr als 15 Jahre nur zu den Regierten. Ich erwähne dies weiter, weil ich dem deutschen Volk und vielleicht darüber hinaus auch anderen Menschen das Auge öffnen möchte für die Erkenntnis, daß die Befolgung fehlerhafter, weil unrichtiger Grundzüge, auch zu fehlerhaften falschen Ergebnissen führen muß.

Daß wir selbst als Leidtragende dieser Entwicklung besonders schwer getroffen wurden, hängt, wie schon betont, zum Teil mit unserem tiefen Sturz zusammen. Allein, daß die ganze Welt in diese Zeit andauernder Spannungen und fortdauernder Krisen fiel, ist zurückzuführen auf die geringe Vernunft und Einsicht, mit der die Probleme der Völker im einzelnen und untereinander gesehen und behandelt werden.

Diese Entwicklung aber nahm ihren Ausgang von jenem unseligen Vertrag, der einst als ein Werk menschlicher Kurzsichtigkeit und unvernünftiger Leidenschaften in der Geschichte als Musterbeispiel gelten wird, wie man Kriege nicht beenden darf, wenn man nicht neue Wirrnisse über die Völker zu bringen beabsichtigt. Aus dem Geiste dieses Vertrages kam bei seiner engen Verbindung mit der Konstituierung der Gemeinschaft der Nationen die Vorbelastung des Völkerbundes und damit auch dessen Entwertung. Seitdem besteht die Diskrepanz zwischen der durch den Friedensvertrag eingeteilten Welt in Beflegte, d. h. Rechtlose, und Sieger, d. h. Alleinberechtigte und den allein denkbaren Grundzügen des Völkerbundes als einer Gemeinschaft freier und gleicher Nationen. Aus der geistigen Atmosphäre dieses Vertrages heraus kam auch die kurzfristige Behauptung zahlreicher politischer und ökonomischer Fragen der Welt. Völkergrenzen wurden gezogen, nicht nach den klaren Notwendigkeiten des Lebens und der Berücksichtigung gegebener Traditionen, sondern beherrscht von dem Gedanken der Macht und der Vergeltung und damit wieder begleitet von den Gesüben der Angst und der Befürchtungen gegenüber der sich daraus möglicherweise ergebenden Kevauche. Es gab einen Augenblick, da hätten es die Staatsmänner in der Hand gehabt, durch einen einzigen Appell an die Vernunft und auch an das Herz der Soldaten der kämpfenden Millionenarmeen der Völker eine hüderliche Verständigung einzuleiten, die der Welt vielleicht auf Jahrhunderte für das Zusammenleben der Nationen und Staaten unendliche Erleichterungen geschenkt haben würde. Es geschah nur das Gegenteil. Das Schlimmste aber ist, daß der Geist des Hasses dieses Vertrages überging in die allgemeine Mentalität der Völker, daß er die öffentliche Meinung zu insizieren und damit zu beherrschen ansetzte und daß nun aus diesem Geist des Hasses heraus die Unvernunft zu triumphieren begann, die die natürlichen Probleme des Völkerebens, ja selbst die eigenen Interessen verkannte und mit dem Gift verblendeter Leidenschaften zerstörte.

Daß die Welt heute von sehr viel Unheil heimgehegt wird, ist weder zu übersehen, noch zu bestreiten. Das Schlimmste aber ist, daß aus dem Geiste dieser Verbohrtheit heraus, nicht nur die Ursachen dieses Unglücks nicht gesehen werden wollen, sondern daß man sich geradezu an diesem Unglück weidet

und in der öffentlichen Diskussion mit mehr oder weniger großer Schadenfreude feststellt, wie bedroht oder gefährdet die Lebensmöglichkeiten des einen oder des anderen Volkes sind.

Daß die Welt z. B. kein Verständnis aufbringen will für die Ursachen über die Schwere der Lebensbehaftung des deutschen Volkes, ist bedauerlich. Geradezu erschütternd aber ist, jeden Tag in so und so viel Presseorganen lesen zu können, mit welcher Bestrebung man die Sorgen wahrnimmt, die das Leben unseres Volkes zwangsläufig begleiten. Soweit es sich um belanglose Literaten handelt, mag dies noch hingehen. Böse aber ist es, wenn auch Staatsmänner beginnen, in den ersichtlichen oder vermeintlichen Anzeichen von Not und Elend eines Volkes erfreuliche Momente für die Beurteilung der allgemeinen Lage und ihrer Zukunft zu sehen.

Dies begann aber im Jahre 1918. Damals setzte in besonders eindringlicher Weise jene „Staatskunst“ ein, die durch Unvernunft Probleme schafft, um dann an ihrer Lösung entweder zu verzagen oder fortgeleitet angsterfüllt aufzutreten. Jede Unvernunft, die gänzlich übersehen, daß ungeschichtliche staatliche Volkszerstörungen nicht den geschichtlichen tatsächlichen Faktor eines Volkes beseitigen, sondern nur die mögliche Wahrnehmung der Lebensinteressen, die Organisierung der Lebensbehaftung erschweren oder sogar unmöglich machen. Das war jene Unvernunft, in der man z. B. im Volk Deutschland einer 66-Millionen-Nation mit wissenschaftlicher Methodik erst alle möglichen Lebensstränge nach außen abknippte, alle wirtschaftlichen Verbindungen raubte, alle Auslandskapitalien konfiszierte, den Handel vernichtete, dann dieses Volk mit einer unvorstellbaren ökonomischen Schuld belastete, ihm endlich, um diese Schuld abtragen zu können, ausländische Kredite gab, um die Kredite verzinsen zu können, einen Export um jeden Preis heranzüchtete, endlich die Absatzmärkte vermauerte, dieses Volk somit einer furchtbaren Verarmung und Verelendung entgegentrieb und nun über mangelnde Zahlkraft oder den bösen Willen klagte. Das aber bezeichnet man dann als „weiße Staatskunst“!

Meine Abgeordneten des Deutschen Reichstages! Wenn ich diese psychologischen Probleme immer so ausführlich behandle, so geschieht es, weil ich der Ueberzeugung bin, daß man ohne eine Umstellung in der geistigen Betrachtung der Ausgestaltung unserer internationalen Völkerbestimmungen niemals zu dem Resultat einer wirklichen Befriedigung der Menschheit kommen wird.

Auch die heutigen schicksalsschweren Spannungen, die wir in Europa erleben, verdanken ihre Entstehung dieser wahrhaft brüllenden Unvernunft, mit der man glaubt, mit den natürlichsten Belangen der Völker umspringen zu können. Es gibt heute Politiker, die sich nur dann sicher zu fühlen scheinen, wenn das innere Verhältnis der angrenzenden Völker zu ihren Lebensmöglichkeiten ein möglichst ungünstiges ist. Und zwar: Je ungünstiger, um so triumphaler scheint ihnen der Erfolg ihrer weitschauenden Politik zu sein. Ich möchte, daß das deutsche Volk an dieser Unvernunft lernt und selbst nicht in ähnliche Fehler verfällt. Ich möchte, daß die deutsche Nation lernt, in Völkern geschichtliche Realitäten zu sehen, die der Phantasie wohl gewünscht sein kann, die aber tatsächlich gar nicht wegzudenken sind. Daß es unvernünftig ist, diese geschichtlichen Realitäten in einen Gegensatz bringen zu wollen zu den Erfordernissen ihrer möglichen Lebensbehaftung und zu ihren verständlichen Lebensansprüchen. Ich möchte daher, daß das deutsche Volk die inneren Beweggründe der nationalsozialistischen Außenpolitik versteht, die es z. B. auch als sehr schmerzhaft empfindet, daß der Zugang eines 33-Millionen-Volkes zum Meer über ein einziges Reichsgebiet führt, die es aber als unvernünftig, weil unmöglich erkennt, einem so großen Staat den Zugang zum Meer einfach abzutreten zu wollen. Es kann nicht der Sinn und der Zweck einer überlegenen Außenpolitik sein, Zustände herbeizuführen, die dann zwangsläufig sofort nach ihrer Veränderung schreien würden. Es ist wohl möglich, daß, besonders unter Berufung auf die „Macht“-Politiker, solche Vergewaltigungen natürlicher Lebensinteressen vornehmen können, allein je mehr und je häufiger und in je schwereren Fällen dies geschieht, um so größer wird der Druck nach einer Entladung der aufgeregten Energien und vergewaltigten Kräfte und Energien sein. Dies führt dann zur Häufung immer neuer Mittel zur Abwehr und reizt damit wieder zwangsläufig den Gegenstand der Zusammengepreßten werden sollenden Lebensenergien des betreffenden Volkes. Und dann lebt die Welt in angstvoller Unruhe und Ahnung drohender Explosionen und will nicht erkennen, daß in Wirklichkeit nur die Unvernunft seiner sogenannten Staatsmänner an diesen bedrohlichen Entwicklungen schuld ist. Wie viel Sorgen würden der Menschheit und besonders den europäischen Völkern erspart geblieben sein, wenn man natürliche und selbstverständliche Lebensbedingungen respektiert und bei der politischen Gestaltung des europäischen Lebensraumes sowohl als auch bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit berücksichtigt haben würde.

Dies aber scheint mir unbedingt erforderlich zu sein, wenn man in der Zukunft bessere und befriedigendere Resultate erreichen will als jetzt. Und dies gilt besonders für Europa. Die europäischen Völker stellen nun einmal eine Familie auf dieser Welt dar. Ist etwas freischützig, aber trotz alledem miteinander verwandt, verwirklicht und verwahrt, geistig und kulturell sowohl als wirtschaftlich voneinander nicht zu trennen, ja nicht einmal auseinander zu denken. Jeder Versuch, die europäischen Probleme anders als nach den Gesetzen einer kühlen und überlegenen Vernunft zu sehen und zu behandeln, führt zu Reaktionen, die für alle unangenehm sein werden. Wir leben in einer Zeit des inneren sozialen und gesellschaftlichen Ausgleichs der Völker. Der Staatsmann, der den Sinn dieser Zeit nicht erkennt, und in dieser Richtung nicht auf den Wegen von Konzessionen

ausgleichend in seinem Volle die Spannungen zu mildern und wenn möglich zu beseitigen, wird eines Tages den Explosionen erliegen, die dann zwangsläufig entweder den Ausgleich herbeiführen werden oder, was noch wahrscheinlicher ist, zunächst ein chaotisches Trümmerfeld zurücklassen. Es ist weise von einer Staatsführung, der turbulenten Unvernunft die Zügel anzulegen, allein dann aber auch dem erschütterlichen Drange der Zeit zu gehorchen u. überlegen zu dem sozialen Ausgleich hinzutreten, der das eine Extrem abbaut, andere deshalb dem anderen Extrem zu erliegen. Es läßt sich heute für Europa die Prophezeiung aussprechen, daß dort, wo dieser Prozeß nicht in so überlegener Weise geleitet wird oder gar mißlingt, die Spannungen zunehmen werden, um endlich, dem geistigen Zuge dieser Zeit gehorchend, von selbst zum Ausgleich zu drängen. Es gehört aber auch zur Weisheit des Aufbaues und der Erhaltung einer Völkerfamilie, wie diese in Europa gegeben ist, diese innerstaatlichen Gesetze auch überstaatlich anzuwenden. Es ist wenig klug, sich einzubilden, auf die Dauer in einem so beschränkten Hause wie Europa eine Völkergemeinschaft verschiedener Rechtsordnung und Rechtswertung aufrecht erhalten zu können. Jeder solche Versuch führt zu einer Aufladung der Willensenergien bei den von dem Unrecht Betroffenen und damit natürlich wieder zu einer Aufladung der Angstpsychologie bei den Schuldigen. Ich halte aber eine solche Entwicklung nicht nur für nicht vernünftig, sondern im Gegenteil für sinnlos und außerdem für sehr gefährlich. Ich halte sie für besonders kritisch, wenn dazu noch eine geistige Verbeugung stattfindet, die, ausgehend von kurzfristigen Literaten und international bekannten Unruhefaktoren, hinter diese Unvernunft auch noch die Leidenschaft aufgereizter und verwirrter Volksmassen mobilisiert. Wenn ich diese Befürchtungen ausspreche, dann drücke ich nur das aus, was Millionen Menschen ahnen, fühlen oder erleben, ohne sich vielleicht über die tieferen Ursachen Rechenschaft ablegen zu können. Ich habe aber ein Recht dazu, vor Ihnen, meine Herren Abgeordneten des Reichstages, diese meine Auffassungen darzulegen, weil sie zugleich die Erklärung sind für unser eigenes politisches Erleben, für unsere Arbeit im Innern des Volkes als auch für unsere Stellungnahme nach außen.

Wenn die übrige Welt oft von einer

„deutschen Frage“

spricht, dann wird es zwangsläufig sein, sich zugleich eine objektive Klarheit über das Wesen dieser Frage zu verschaffen. Für gar manche bedeutet diese „Frage“ im deutschen Regime, in dem gar nicht bezweifelbaren Unterschied des deutschen Regimes gegenüber anderen. Regimen in der als bedrohend empfundenen sogenannten „Aufrüstung“ und in all dem, was man in der Folge dieser Aufrüstung als Kata Morgana zu sehen vermeint. Diese Frage besteht für viele in der behaupteten Kriegslust des deutschen Volkes, in den schlummernden Angriffsblicken oder in der teuflischen Geschicklichkeit der Ueberwindung seiner Gegner.

Nein, meine Herren Politiker! Die deutsche Frage besteht in etwas ganz anderem. Hier leben auf einem sehr begrenzten und nicht überall fruchtbaren Boden 67 Millionen Menschen. Das sind rund 136 auf einen Quadratkilometer. Diese Menschen sind nicht weniger fleißig als die anderen europäischen Völker, aber auch nicht weniger anspruchsvoll. Sie sind nicht weniger intelligent, aber auch nicht weniger lebenswillig. Sie haben genau so wenig Sehnsucht, sich für eine Phantastik um jeden Preis heroisch totzuschlagen zu lassen als etwa der Franzose oder der Engländer. Sie sind aber auch nicht feiger und auf keinen Fall sind sie etwa ehrloser als die Angehörigen anderer europäischer Völker. (Stürmischer Beifall.) Sie sind einst in einen Krieg hineingerissen worden, an den sie so wenig glaubten wie andere Europäer und für den sie auch genau so wenig verantwortlich waren. Der heutige junge Deutsche von 25 Jahren war zur Zeit der Vorgeschichte und des Beginns des Krieges gerade ein Jahr alt, also wohl kaum verantwortlich zu machen für diese Völkertatstrophe. Ja selbst der jüngste Deutsche, der dafür verantwortlich hätte sein können, war bei der damaligen Festsetzung des deutschen Wahlalters 25 Jahre alt. Er zählt somit heute zumindest 50 Jahre, d. h. die überwältigende Mehrheit der Männer des deutschen Volkes hat den Krieg einfach zwangsläufig mitgemacht, wie die Masse des überlebenden französischen oder englischen Volkes auch. Wenn sie anständig waren, dann haben sie damals genau so ihre Pflicht erfüllt, insofern sie schon das Alter dazu besaßen, wie dies jeder anständige Franzose und Engländer tat. Wenn sie unanständig waren, haben sie dies unterlassen und vielleicht verdient oder für die Revolution gearbeitet. Diese sind aber heute gar nicht mehr in unseren Reihen, sondern sie leben zum größten Teil als Emigranten bei irgend welchen internationalen Gollgebern. Dieses deutsche Volk hat genau so viele Vorzüge als andere Völker und natürlich auch genau so viele Nachteile und Gebrechen. Die deutsche Frage lag nun darin, daß dieses Volk z. B. noch im Jahre 1935 für eine Schuld, die es nie begangen hat, eine Minderberechtigung tragen soll, die für ein ehrliebendes Volk unerträglich, für ein fleißiges Volk leidvoll und für ein intelligentes Volk empörend ist. Die deutsche Frage besteht weiter darin, daß man durch ein System unvernünftiger Handlungen, Maßnahmen, hahnerfüllter Verhehungen sich bemüht, den an sich schon sehr schweren Kampf um die Lebensbehauptung noch mehr zu erschweren und nicht nur künstlich, sondern widernatürlich und unsinnig zu erschweren. Denn es hat von dieser Erschwerung der deutschen Lebenshaltung die übrige Welt nicht den geringsten Vorteil.

Auf den deutschen Menschen trifft pro Kopf der Bevölkerung 18 mal weniger Grund als z. B. auf einen Russen. Es ist verständlich, wie schwer allein dadurch der Lebenskampf um das tägliche Brot sein muß und es auch ist, ohne die Tüchtigkeit und den Fleiß des deutschen Bauern und die organisatorische Fähigkeit des deutschen Volkes wäre eine Lebensführung für diese 67 Millionen kaum denkbar. Was aber soll man nun von der geistigen Einfalt jener halten, die diese Schwierigkeiten vielleicht sogar erkennen und sich dennoch kindlich in Presseartikeln, Publikationen und Vorträgen über unser Elend freuen, ja geradezu triumphierend jedem Anzeichen dieser unserer inneren Not nachspüren, um sie der anderen Welt mitteilen zu können! Sie würden aufmerksamer glücklich sein, wenn diese Not bei uns noch viel größer wäre, wenn es uns nicht gelänge, durch Fleiß und Intelligenz sie immer wieder erträglich zu machen. Sie haben keine Ahnung davon, daß die deutsche Frage ein ganz anderes Gesicht bekommen würde, wenn erst einmal die Fähigkeit und der Fleiß dieser Millionen erlahmen und damit nicht nur das Elend, sondern auch die politische Unvernunft ihren Einzug halten würden. Und dies ist eine der deutschen

Fragen, und die Welt kann nur interessiert sein daran, daß diese Frage der Sicherung der deutschen Lebenshaltung von Jahr zu Jahr erfolgreich gelöst werden kann, genau so wie ich wünsche, daß auch das deutsche Volk die in seinem eigenen Interesse liegende glückliche Lösung dieser Lebensfrage bei anderen Völkern begreift und würdigt. (Stürmischer Beifall.)

Die Meisterung dieser Frage in Deutschland ist aber zunächst eine Angelegenheit des deutschen Volkes selbst und brauchte die übrige Welt überhaupt nicht zu interessieren. Sie berührt die Interessen anderer Völker nur insofern, als das deutsche Volk bei der Lösung dieser Frage gezwungen ist, wirtschaftlich als Käufer und Verkäufer auch mit den anderen Völkern Verbindungen aufzunehmen. Und hier würde es wieder nur im Interesse dieser anderen Welt liegen, diese Frage zu verstehen, d. h., zu begreifen, daß der Schrei nach Brot bei einem 40, 50 oder 60-Millionenvolk nicht eine ausgefachte Boshaftigkeit des Regimes oder bestimmter Regierungen ist, sondern eine natürliche Aufferung des Dranges zur Lebensbehauptung. Und daß solche Völker vernünftiger sind als hungrige und daß nicht nur die eigenen Regierungen interessiert sein sollen an einer ausreichenden Ernährung ihrer Bürger, sondern ebenso auch die umliegenden Staaten und Völker. Und daß daher die Ermöglichung einer solchen Lebensbehauptung im höchsten Sinne des Wortes im Interesse aller liegt. Es blieb der Vorkriegszeit vorbehalten, die gegenseitige Auffassung zu finden und selbst als Kriegsgrund zu proklamieren, wenn nicht die Meinung, daß ein Teil der europäischen Völkerfamilie umso besser fahren würde, je schlechter es den anderen ginge.

Das deutsche Volk braucht keine besonderen Beihilfen zu seiner Lebensbehauptung. Es will nur keine schlechteren Chancen besitzen als sie auch anderen Völkern gegeben sind. Dies aber ist die eine deutsche Frage.

Und die zweite deutsche Frage ist folgende: Weil infolge der außerordentlich unglücklichen allgemeinen Verhältnisse und Vorkausungen der wirtschaftliche Lebenskampf des deutschen Volkes sehr schwer ist, die Intelligenz, der Fleiß und damit der natürliche Lebensstandard aber sehr hoch sind, ist eine außerordentliche Anspannung aller Kräfte notwendig, um diese erste deutsche Frage zu meistern. Es kann dies aber überhaupt nur dann gelingen, wenn dieses Volk auch nach außen hin das Gefühl der politischen Gleichberechtigung und damit der politischen Sicherheit besitzt. Es ist unmöglich, ein Volk von Ehrgefühl und von Tapferkeit in der Welt auf die Dauer als Soloten halten oder gar leiten zu können. Es gibt keine bessere Beschäftigung für die angeborene Friedensliebe des deutschen Volkes als die Tatsache, daß es sich trotz seiner Fähigkeit und trotz seiner Tapferkeit, die wohl auch von den Gegnern nicht bestritten werden können, sowie trotz seiner großen Volkszahl nur einen so bescheidenen Anteil am Lebensraum und an den Lebensgütern der Welt gesichert hat. Allein gerade diese immer mehr nach innen gewandte Art des deutschen Welens verträgt es nicht, in unwürdiger Weise entzweigt oder mißhandelt zu werden.

Indem der unselige Friedensvertrag von Versailles die geschichtlich geradezu einzige Bewegung eines Kriegsausganges nach der moralischen Seite hin festlegen wollte, hat er jene deutsche Frage geschaffen, die ungelöst eine kritische Belastung Europas und selbst eine Befreiung Europas darstellt.

Und ich habe mir nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Jahre 1919 vorgenommen, diese Frage einmal zu lösen; nicht weil ich Frankreich oder irgend einem anderen Staat etwas zuleide tun will, sondern weil das deutsche Volk auf die Dauer das ihm zugefügte Leid nicht tragen kann, nicht tragen will und nicht tragen soll! (Nicht endenwollender Beifall.)

Im Jahre 1932 stand Deutschland am Rande des bolschewistischen Zusammenbruchs. Was dieses Chaos in einem so großen Staat für Europa bedeutet haben würde, werden ja vielleicht einzelne europäische Staatsmänner in der Zukunft an anderen Orten noch Gelegenheit erhalten zu studieren. Ich habe aber jedenfalls die Ueberwindung dieser äußerlich gerade wirtschaftlich am sichtbarsten in Erscheinung tretenden Krise des deutschen Volkes nur erreicht durch die Mobilisierung der allgemeinen sittlichen und moralischen Werte der deutschen Nation. Der Mann, der Deutschland vom Bolschewismus retten wollte, der mußte die Frage der deutschen Gleichberechtigung zur Entscheidung und dadurch zur Lösung bringen. Nicht, um anderen Völkern ein Leid zuzufügen, sondern im Gegenteil, um ihnen durch die Verhinderung des Hereinbrechens eines im letzten Ausmaß für Europa gar nicht vorstellbaren Ruins, vielleicht sogar noch ein großes Leid zu ersparen. Denn die Wiedergewinnung der deutschen Gleichberechtigung hat dem französischen Volk nichts Schmerzliches zugefügt. Allein der rote Aufruhr und der Zusammenbruch des deutschen Reiches hätten der europäischen Ordnung und der europäischen Wirtschaft einen Schlag versetzt, von dessen Folgen die meisten europäischen Staatsmänner leider keine richtige Vorstellung besitzen. Dieser Kampf um die deutsche Gleichberechtigung, den ich nun drei Jahre lang führte, ist nicht die Aufrüstung einer europäischen Frage, sondern ihre Lösung.

Es ist ein wahrhaft tragisches Unglück, daß gerade durch den Versailler Friedensvertrag ein Zustand geschaffen wurde, an dessen Beibehaltung das französische Volk glaubte, besonders interessiert zu sein. So wenig reale Vorteile dieser Zustand für den einzelnen Franzosen in sich bergen konnte, so groß war die un reale Verklammerung, die zwischen der Versailler Diskriminierung des deutschen Volkes und den französischen Interessen zu bestehen schien. Vielleicht war es auch die Schuld der charakteristischen Schwäche der deutschen Nachkriegsjahre und unserer Regierungen, insbesondere aber unserer Parteien, daß dem französischen Volk und den ersten französischen Staatsmännern die Unrichtigkeit dieser Auffassung nicht genügend zum Bewußtsein gebracht werden konnte. Denn je schlechter die einzelnen Regierungen der vor uns liegenden Zeit waren, um so mehr hatten sie das nationale Erwachen des deutschen Volkes selbst zu scheuen. Um so größer war daher auch die Angst vor jeder nationalen Selbstbestimmung und damit um so einverständlicher ihre Haltung gegenüber der allgemeinen internationalen Diffamierung des deutschen Volkes.

Ja sie benötigten geradezu diese schändliche Fesselung, um ihr trauriges eigenes Regime auf diese Weise zu stützen. Wohin dieses Regime Deutschland geführt hat, zeigte eindringlich der drohende Zusammenbruch.

Nun war es natürlich schwer, die Wiederherkennung der deutschen Gleichberechtigung gegenüber einer so eingewurzeltten Gewöhnung unserer Nachbarn an die Ungleichberechtigung, als für diese nicht nur nicht schädlich, sondern im Gegenteil im letzten Grunde sogar als international nützlich nachzuweisen. Sie, meine Abgeordneten, Männer des Reichstages, kennen den schwereren Weg, den ich gehen mußte seit jenem 30. Januar 1933, um das deutsche Volk aus seiner unwürdigen Stellung zu erlösen, um ihm Schritt für Schritt die

Gleichberechtigung zu sichern, ohne es dabei aus der politischen und wirtschaftlichen Gemeinschaft der europäischen Nationen zu entfernen und besonders ohne aus der Abwicklung der Folgen einer alten Feindschaft wieder eine neue zu erzeugen! Ich werde einmal von der Geschichte die Bestätigung beanspruchen können, daß ich in keiner Stunde meines Handelns für das deutsche Volk die Willkür vergessen habe, die ich und die wir alle der Aufrechterhaltung der europäischen Kultur und Zivilisation gegenüber zu tragen schuldig sind. Es ist aber eine Voraussetzung für den Bestand dieses am Ende gerade in der Vielgestaltigkeit seiner Kulturen so eigenartigen Kontinents, daß er nicht denkbar ist ohne das Vorhandensein freier und unabhängiger Nationalstaaten. Es mag jedes europäische Volk überzeugt sein, daß es den größten Beitrag zu unserer abendländischen Kultur geleistet hat. Im ganzen aber wollen wir uns nichts wegwünschen von dem, was die einzelnen Völker gegeben haben, und wollen daher auch nicht streiten über das Gewicht dieser ihrer einzelnen Beiträge, sondern müssen nur erkennen, daß aus der Realität der europäischen Einzelleistungen ohne Zweifel die Spitzenleistungen stammen auf den verschiedensten Gebieten der menschlichen Kultur.

So sehr wir daher bereit sind, in dieser europäischen Kulturwelt mitzuarbeiten als freies und gleichberechtigtes Glied, so hartnäckig und eigenjüngig möchten wir aber das bleiben, was wir sind.

Ich habe in diesen drei Jahren — leider nur zu oft vergeblich — immer wieder versucht,

eine Brücke zur Verständigung zum französischen Volk zu schlagen.

Je mehr wir uns aus der Bitternis des Weltkrieges und seiner Nachjahre erheben, umso mehr verankert in den menschlichen Erinnerungen das Böse und das Schöne des Lebens, der Erkenntnisse und Erfahrungen tritt in den Vordergrund. Was sich einst als erbitterter Gegner gegenüberstand, würdigt sich heute als tapferer Kämpfer eines vergangenen großen Ringens und sieht sich wieder als Träger und Fortsetzer einer großen allgemeinen menschlichen Kultur.

Warum soll es dann nicht möglich sein, den zwecklosen Jahrhundertlangen Streit, der keinem der beiden Völker einen endgültigen Entscheid gebracht hat, bringen konnte und bringen wird, abzubrechen und durch die Rücksichtnahme einer höheren Vernunft zu erlösen?

Das deutsche Volk ist nicht interessiert daran, daß das französische leidet und umgekehrt. Wo läge der Vorteil für Frankreich darin, wenn Deutschland in Not verkommt? Welchen Nutzen hat der französische Bauer, wenn es dem deutschen schlecht geht oder umgekehrt? Oder wach' ein Vorteil bietet sich für den französischen Arbeiter etwa aus der Not des deutschen. Welchen Segen könnte es aber auch für Deutschland bringen, für den deutschen Arbeiter, den deutschen Mittelstand und das deutsche Volk überhaupt, wenn Frankreich von Unglück heimgeführt würde?

Ich habe versucht, die Fragen einer haherfüllten Klasse Kampfkampfe im inneren Deutschland im Sinne einer höheren Vernunft zu lösen und es ist mir dies gelungen. Warum soll es nicht möglich sein, das Problem der allgemeinen europäischen Volks- und Staatengegenstände aus der Sphäre des Unvernünftigen herauszuheben und unter das ruhige Licht einer höheren Einsicht zu stellen?

Ich habe mir jedenfalls einst geschworen, ebenso zäh und tapfer für die deutsche Gleichberechtigung zu kämpfen und diese so oder so durchzusetzen, wie umgekehrt aber auch das Verantwortungsgesühl zu stärken für die Notwendigkeit einer europäischen gegenseitigen Rücksichtnahme und Zusammenarbeit.

Wenn mir aber heute von Seiten meiner internationalen Gegner aus vorgehalten wird, daß ich doch diese Zusammenarbeit mit Rußland ablehne, so muß ich demgegenüber folgendes erklären: Ich lehne und lehnte sie nicht ab mit Rußland, sondern mit dem auf die Herrschaft der Welt Anspruch erhebenden Bolschewismus. (Stürmischer zustimmender Beifall.)

Ich bin Deutscher. Ich liebe mein Volk und hänge an ihm. Ich weiß, daß es nur dann glücklich sein kann, wenn ihm das Leben nach seinem Wesen und seiner Art möglich ist. Ich will nicht, daß über das deutsche Volk, das nicht nur weinen, sondern auch durch sein ganzes Leben hindurch immer herzlich lachen konnte, das Grauen der kommunistischen internationalen Hahdiktatur gesenkt wird. Ich zittere für Europa bei dem Gedanken, was aus unserem alten menschenüberfüllten Kontinent werden soll, wenn durch das Hereinbrechen dieser destruktiven und alle bisherigen Werte umstürzenden asiatischen Weltanschauung das Chaos der bolschewistischen Revolution erfolgreich sein würde. Ich bin vielleicht für viele europäische Staatsmänner ein phantastischer, jedenfalls aber unbequemer Warner. Ich lehne aber in den Augen der bolschewistischen internationalen Weltunterdrücker als einer der größten Feinde gelte, ist für mich nur eine große Ehre und eine Rechtfertigung meines Handelns vor der Neuwelt. Ich kann nicht verhindern, daß andere Staaten ihren Weg gehen, den sie nun einmal glauben gehen zu müssen oder wenigstens gehen zu können, aber ich werde es verhindern, daß auch Deutschland diesen Weg in das Verderben antritt. Und ich glaube, daß dieses Verderben in dem Augenblick seinen Einzug halten würde, in dem die Staatsführung sich selbst zum Verbündeten einer solchen destruktiven Lehre hergeben wollte. Ich sehe keine Möglichkeit, dem deutschen Arbeiter die mich so tief bewegende Gefahr des Unglücks eine bolschewistische Chaos in Deutschland klarzumachen, wenn ich selbst als Führer der Nation mich in enge Beziehungen zu dieser Gefahr bringen wollte. Ich will auch hier als Staatsmann und Führer des Volkes alles das tun, was ich vom einzelnen Volksgenossen erwarte und verlange.

Ich glaube nicht, daß die engere Verührung mit einer Weltanschauung, die für ein Volk verderblich ist, für Staatsmänner nützlich sein kann. Wir haben in der deutschen Geschichte der letzten 20 Jahre ja Gelegenheit gehabt, Erfahrungen auf diesem Gebiete zu sammeln. Die erste Fühlung mit dem Bolschewismus im Jahre 1917 brachte ein Jahr später uns selbst die Revolution. Die zweite Verührung mit ihm genigte, um in wenigen Jahren Deutschland knapp an den Rand des kommunistischen Zusammenbruchs zu bringen. Ich habe diese Beziehungen gelöst und damit Deutschland vor diesem Verderben zurückgerissen. Nichts wird mich bewegen können, einen anderen Weg zu gehen als den, den mir Erfahrung, Einsicht und Vorauszicht vorschreiben. Und ich weiß, daß diese Ueberzeugung höchstes Gebahren und Deengut der ganzen nationalsozialistischen Bewegung geworden ist. Mit zäher Beharrlichkeit werden wir die sozialen Probleme und Spannungen in unserem Volke auf dem Wege einer fortgesetzten Evolution lösen und damit uns des Segens einer ruhigen Entwicklung verschaffen, die allen unseren Volksgenossen zugute kommt. Und was dabei an immer neuen Aufgaben an uns herantritt, erfüllt uns mit der Freude desjenigen, der ohne Arbeit und damit ohne Aufgaben nicht zu leben vermag.

Wenn ich diese grundsätzliche Einstellung auf die europäische allgemeine Politik übertrage, dann ergibt sich daraus für mich die Unterscheidung Europas in zwei Hälften: In jene Hälfte, die sich aus selbständigen und unabhängigen Nationalstaaten aufbaut, aus Völkern, mit denen wir tausendfältig durch Geschichte und Kultur verbunden sind und mit denen wir in alle Zukunft genau so wie mit den freien und selbständigen Nationen der außereuropäischen Kontinente verbunden bleiben wollen. Und in eine andere Hälfte: die von jener unabhängigen und den allgemeinen internationalen Herrschaftsanspruch erhebenden bolschewistischen Lehre regiert wird, die selbst den ewigen und uns heiligsten Dies- und Jenseitswerten die Vernichtung predigt, um eine in Kultur und Inhalt andere Welt aufzubauen. Mit ihr wollen wir außer den gegebenen politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen in keine sonstige innigere Berührung kommen.

Es liegt nun eine unendliche Tragik darin, daß als Abschluß unserer langjährigen, aufrichtigen Bemühungen um das Vertrauen, die Sympathien und die Zuneigung des französischen Volkes ein Militärbündnis abgeschlossen wurde, dessen Anfang wir heute kennen, dessen Ende aber, wenn die Vorsehung nicht wieder einmal gnädiger ist, als es die Menschen verdienen, vielleicht von unabsehbaren Folgen sein wird.

Ich habe mich in den letzten drei Jahren bemüht, langsam aber stetig die Voraussetzungen für eine

deutsch-französische Verständigung

zu schaffen. Ich habe dabei nie einen Zweifel darüber gelassen, daß zu den Voraussetzungen dieser Verständigung die absolute Gleichberechtigung und damit die gleiche Rechtswertung des deutschen Volkes und Staates gehört. Ich habe aber bewußt in dieser Verständigung nicht nur ein Problem gesehen, das auf den Wegen von Pakt und Vertrag gelöst wird, sondern ein Problem, das zunächst den beiden Völkern psychologisch nahegebracht werden muß, da es nicht nur verstanden, sondern auch gefühlsmäßig vorbereitet werden soll. Ich habe daher auch oft den Vorwurf bekommen, daß meine Freundschaftsangebote keine konkreten Vorschläge enthalten hätten.

Dies ist nicht richtig.

Was konkret zur Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen überhaupt vorgeschlagen werden konnte, habe ich auch mutig konkret vorgeschlagen. Ich habe einst nicht gezögert, mich dem konkreten Vorschlag einer Rüstungsbeschränkung von 200 000 Mann anzuschließen. Ich habe mich, als dieser Vorschlag dann von den verantwortlichen Verfassern selbst preisgegeben wurde, mit einem ganz konkreten neuen Vorschlag an das französische Volk und an die europäischen Regierungen gewandt. Auch der 300 000 Mann-Vorschlag erfuhr Ablehnung. Ich habe eine ganze Reihe weiterer konkreter Vorschläge zur Entgiftung der öffentlichen Meinung in den einzelnen Staaten und zur Reinigung der Kriegsführung und damit letzten Endes zu einer wenn auch langsamen, so aber sicheren Abrüstung gebracht. Es ist ein einziger dieser deutschen Vorschläge wirklich berücksichtigt worden. Der realistische Sinn einer englischen Regierung hat meinen Vorschlag der Herstellung einer dauernden Relation zwischen der deutschen und englischen Flotte, die ebenso den Bedürfnissen der deutschen Sicherheit entspricht wie umgekehrt Bedacht nimmt auf die enormen überseeischen Interessen eines großen Weltreiches, angenommen. Und ich darf wohl darauf hinweisen, daß bis heute noch dieses Abkommen der praktisch einzig existierende wirkliche verständnisvolle und daher gelungene Versuch einer Rüstungsbegrenzung geblieben ist. Die Reichsregierung ist bereit, diesen Vertrag durch eine weitere qualitative Abmachung mit England zu ergänzen.

Ich habe den sehr konkreten Grundsatz ausgesprochen, daß die Sammelprogramme einer internationalen Faktomanie ebenso wenig Aussicht auf Verwirklichung besitzen wie die Generalvorschlüsse einer unter solchen Umständen von vornherein schon als undurchführbar erwiehlenen Weltabstimmung. Ich habe demgegenüber betont, daß nur schrittweise an diese Fragen herantreten werden kann, und zwar nach der Richtung des vermutlich geringsten Widerstandes hin. Ich habe aus dieser Überzeugung heraus den konkreten Vorschlag auch für einen Luftpakt entwickelt, unter der Zugrundelegung gleicher Stärken für Frankreich, England und Deutschland. Das Ergebnis war zunächst eine Mißachtung dieses Vorschlages und dann die Heremisierung eines neuen in seinem militärischen Ausmaß unerschöpflichen osteuropäisch-asiatischen Faktors in das europäische Gleichgewichtsfeld.

Ich habe mich jahrelang also mit konkreten Vorschlägen abgegeben, allein ich stehe nicht an zu erklären, daß mir mindestens ebenso wichtig als die sogenannten konkreten Vorschläge die psychologische Vorbereitung für die Verständigung erschienen ist, und ich habe auf dem Gebiete mehr getan, als ein aufrichtiger fremder Staatsmann jemals überhaupt auch nur erhoffen durfte. Ich habe die Frage der ewigen europäischen Grenzrevisionen aus der Atmosphäre der öffentlichen Diskussion in Deutschland genommen. Man heht leider nur zu oft auf dem Standpunkt, und dies gilt besonders für ausländische Staatsmänner, daß dieser Einstellung und ihren Handlungen keine besondere Bedeutung zukommt. Ich darf darauf hinweisen, daß es mir genau so möglich gewesen wäre, als Deutscher die Wiederherstellung der Grenzen vom Jahre 1914 moralisch als mein Programm aufzustellen und publizistisch und oratorisch zu vertreten, so wie das etwa französische Minister und Volksführer nach dem Jahre 1871 getan haben. Meine Herren Kritiker sollen mir auch auf diesem Gebiete nicht jede Fähigkeit absprechen. Es ist viel schwerer für einen Nationalisten, einem Volk zur Verständigung zuzureden, als das umgekehrte zu tun und es würde für mich wahrscheinlich leichter gewesen sein, die Instinkte nach einer Revanche auszuspeisen, als das Gefühl für die Notwendigkeit einer europäischen Verständigung zu erwecken und dauernd zu vertiefen. Und das habe ich getan. Ich habe die deutsche öffentliche Meinung von Angriffen solcher Art gegen unsere Nachbarvölker befreit. Ich habe aus der deutschen Presse jeden Haß gegen das französische Volk entfernt. Ich bemühe mich in unserer Jugend das Verständnis für das Ideal einer solchen Verständigung zu wecken und zwar sicher nicht erfolglos. Als vor wenigen Wochen die französischen Gäste in das olympische Stadion in Garmisch-Partenkirchen einzogen, da hatten sie vielleicht Gelegenheit, festzustellen, ob und inwieweit mir eine solche innere Umstellung des deutschen Volkes gelungen ist.

Diese innere Bereitwilligkeit aber, eine solche Verständigung zu suchen und zu finden, ist wichtiger als ausgelegte Verusche

von Staatsmännern, die Welt in ein Netz juristisch und sachlich undurchsichtiger Pakte zu verwickeln.

Dieses Bestreben von mir war aber doppelt schwer, weil ich in derselben Zeit Deutschland aus der Befreiung eines Vertrages lösen mußte, der ihm seine Gleichberechtigung raubte, an dessen Aufrechterhaltung aber — ob mit Recht oder Unrecht ist nebensächlich — das französische Volk geglaubt hat, interessiert sein zu müssen.

Ich habe gerade dabei als deutscher Nationalist für das deutsche Volk noch ein weiteres, besonders schweres Opfer auf mich nehmen müssen.

Es ist bisher wenigstens in der neuen Zeit noch nie versucht worden, nach einem Krieg dem Verlierer souveräne Hoheitsrechte über große und alte Teile seines Reiches einfach abzusprechen. Ich habe nur im Interesse dieser Verständigung dieses schwerste Opfer, das man uns politisch und moralisch aufbürden konnte, getragen und wollte es weiter tragen, nur weil ich glaubte, einen Vertrag aufrechterhalten zu sollen, der vielleicht mit Hilfe konnte, die politische Atmosphäre zwischen Frankreich und Deutschland und England und Deutschland zu entgiften und das Gefühl einer Sicherheit auf allen Seiten zu verbreiten.

Der Rheinpakt

Ja, darüber hinaus habe ich oft und auch hier in diesem Hause die Auffassung vertreten, daß wir nicht nur bereit sind, diesen schwersten Beitrag für die europäische Friedenssicherung zu tragen, solange auch die anderen Partner ihre Verpflichtungen erfüllen, sondern daß wir in diesem Vertrage überhaupt den einzig möglichen, weil konkreten Versuch einer europäischen Sicherung erblicken sollen.

Ihnen, meine Abgeordneten, ist der Inhalt und Sinn dieses Vertrages bekannt. Er sollte zwischen Belgien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits für alle Zukunft die Anwendung von Gewalt verhindern. Durch die schon vorher abgeschlossenen Bündnisverträge Frankreichs ergab sich leider die erste, wenn auch den Sinn dieses Paktes, des Rheinpakt von Locarno, noch nicht aufhebende Belastung. Deutschland leistete zu diesem Pakt den schwersten Beitrag, denn während Frankreich seine Grenze in Erz, Beton und Waffen armierte und mit zahlreichen Garnisonen versah, wurde uns die fortdauernde Aufrechterhaltung einer vollkommenen Wehrlosigkeit im Westen aufgebürdet. Dennoch haben wir auch dieses erfüllt in der Hoffnung, durch einen solchen für eine Großmacht so schweren Beitrag dem europäischen Frieden zu dienen und der Verständigung der Völker zu nützen.

Es steht mit diesem Pakt nun in Widerspruch die Abmachung, die Frankreich im vergangenen Jahr mit Rußland eingegangen und bereits unterzeichnet hat, und deren Bestätigung durch die Kammer soeben erfolgt ist. Denn durch diese neue französisch-sowjetische Abmachung wird über dem Umweg der Tschechoslowakei, die ein gleiches Abkommen mit Rußland getroffen hat, die bedrohliche militärische Macht eines Riesereiches nach Mitteleuropa herbeigeführt. Es ist dabei das Unmögliche, daß diese beiden Staaten in ihrer Abmachung sich verpflichten, ohne Rücksicht auf eine entweder bereits vorliegende oder zu erwartende Entscheidung des Völkerbundesrates im Falle einer europäischen östlichen Verwicklung die Schuldfrage nach eigenem Ermessen zu klären und dementsprechend die gegenseitige Weisandspflichtung als gegeben zu betrachten oder nicht.

Die Behauptung, daß in diesem Pakt durch eine eingefügte Einschränkung die erste Verpflichtung wieder aufgehoben würde, ist unverständlich. Denn ich kann nicht in einem Punkt ein bestimmtes Verjährtes als ausdrücklichen Bruch mit einer sonst geltenden Verpflichtung festlegen und damit als bindend annehmen, um in einem weiteren Punkt festzustellen, daß gegen diese anderen Verpflichtungen nicht gehandelt werden soll.

In diesem Falle würde die erste Bindung unvernünftig und damit ebenso unverständlich sein. Dieses Problem ist aber zunächst ein politisches Problem und als solches in seiner schwerwiegenden Bedeutung zu werten. Frankreich hat diesen Vertrag nicht abgeschlossen mit einer beliebigen europäischen Macht. Frankreich hatte schon vor dem Rheinpakt Weisandverträge sowohl mit der Tschechoslowakei als auch mit Polen. Deutschland nahm daran keinen Anstoß, nicht nur weil diese Pakte zum Unterschied des französisch-sowjetischen Paktes sich den Völkerbundesfeststellungen unterwarfen, sondern weil sowohl die damalige Tschechoslowakei wie besonders Polen primär stets eine Politik der Vertretung ihrer eigenen nationalen Interessen führen werden. Deutschland hat nicht den Wunsch, diese Staaten anzugreifen und glaubt auch nicht, daß es im Interesse dieser Staaten liegen wird, einen Angriff gegen Deutschland vorzunehmen. Vor allem aber: Polen wird Polen bleiben und Frankreich Frankreich. Sowjetrußland aber ist der staatlich organisierte Exponent einer revolutionären Weltanschauung. Seine Staatsauffassung ist das Glaubensbekenntnis zur Weltrevolution. Es ist nicht feststellbar, ob nicht morgen oder übermorgen auch in Frankreich diese Weltanschauung erfolgreich sein wird. Sollte aber dieser Fall eintreten — und als deutscher Staatsmann muß ich auch pflichtgemäß damit rechnen —, dann ist es sicher, daß dieser neue bolschewistische Staat eine Sektion der bolschewistischen Internationale sein würde, d. h. die Entscheidung über Angriff oder Nichtangriff wird dann nicht von zwei verschiedenen Staaten nach deren objektivem eigenem Ermessen getroffen, sondern von einer Stelle aus direktiv erteilt. Diese Stelle aber würde im Falle dieser Entwicklung nicht mehr Paris, sondern Moskau sein.

So wenig Deutschland in der Lage ist, schon aus rein territorialen Gründen Rußland anzugreifen, so sehr wäre Rußland jederzeit in der Lage, über den Umweg seiner vorgeschobenen Positionen einen Konflikt mit Deutschland herbeizuführen. Die Feststellung des Angreifers wäre dann, weil unabhängig von der Bestimmung des Völkerbundesrates, wohl von vornherein gewiß. Die Behauptung oder der Einwand, daß Frankreich und Rußland nichts tun würden, was sie eventuellen Sanktionen aussetzen könnte — und zwar von Seiten Englands oder Italiens — ist belanglos, weil es nicht zu ersehen ist, welcher Art wirkliche Sanktionen gegen eine so überwältigend wehrschonend und militärisch einige Konstruktion sein könnten. Wir haben jahrelang vor dieser Entwicklung besorgt gewarnt, nicht weil wir sie mehr zu fürchten haben als andere, sondern weil sie eines Tages von unerbittlichen Folgen für ganz Europa begleitet sein kann. Man hat diese unsere ernsthaften Bedenken abzutun versucht mit dem Hinweis auf die Unfähigkeit des russischen Kriegsinstrumentes, ja auf seine Schwerefähigkeit und Unverwundbarkeit in einem europäischen Kampfe. Wir haben diese Auffassung immer belämpft, nicht weil wir irgend-

wie der Überzeugung sind, daß der Deutsche an sich unterlegen wäre, sondern weil wir alle wissen, daß auch der Zahl ihr Gewicht zukommt. Wir sind aber um so mehr dankbar über die Aufklärung, die gerade in der französischen Kammer von Herr Perrot über die aggressive militärische Bedeutung Rußlands gegeben worden ist. Wir wissen, daß diese Darlegungen Herrn Herriot von der Sowjetregierung selbst gegeben wurden und sind überzeugt, daß diese nicht den geistigen Inspirator des neuen Bündnisses mit falschen Auffassungen bedient haben kann, ebenso wie wir nicht zweifeln an der wahren Wiedergabe dieser Informationen durch Herrn Herriot. Mit diesen Informationen aber steht erst fest, daß die russische Armee eine Friedensstärke von 1 350 000 Mann besitzt, daß sie 2 13,5 Millionen Mann Kriegsstärke und Reserve umfaßt, 3. mit der größten Tankwaffe ausgestattet ist und 4. über die größte Luftwaffe der Welt verfügt. Die Heranziehung dieses gewaltigsten militärischen Faktors, der auch in seiner Beweglichkeit und in seiner Führung als ausgezeichnet und jederzeit einsatzbereit geschildert wurde, in das mitteleuropäische Spielfeld zerstört jedes wirkliche europäische Gleichgewicht. Dies verhindert außerdem jede mögliche Abschätzung der erforderlichen Verteidigungsmittel zu Land und in der Luft nicht davon betroffeneuropäischer Staaten und insbesondere für das allein als Gegner in Aussicht genommene Deutschland.

Diese Riesenmobilisierung des Ostens gegen Mitteleuropa steht aber nicht nur buchstabenmäßig, sondern vor allem auch dem Sinn nach im Gegensatz zu dem Geist des Locarno-Paktes. Nicht wir als Betroffene allein haben diese Empfindung, sondern sie lebt in unzähligen einsichtsvollen Männern in allen Völkern und ist auch — publizistisch und politisch belegt — überall öffentlich vertreten worden.

Am 21. Februar wandte sich an mich ein französischer Journalist mit der Bitte, ihm ein Interview zu gewähren. Da mir mitgeteilt wurde, daß es sich um einen jener Franzosen handelte, die sich genau wie wir bemühen, Wege zur Verständigung zwischen den beiden Völkern zu finden, wollte ich um so weniger eine Ablehnung aussprechen, als diese auch sofort als Zeichen einer Mißachtung der französischen Journalistik gewertet worden wäre. Ich habe die gewünschten Aufklärungen gegeben, so wie ich sie in Deutschland selbst hundert- und tausendmal ausgeprochen habe. Ich habe noch einmal verjährt, mich an das französische Volk zu wenden mit der Bitte um eine Verständigung, an der wir mit ganzem Herzen hängen und die wir so gerne verwirklicht sehen möchten. Ich habe aber weiter mein tiefes Bedauern ausgesprochen über die drohende Entwicklung in Frankreich durch den Abschluß eines Paktes, für den unserer Überzeugung nach keine zu begreifende Notwendigkeit vorlag, der aber im Falle seiner Realisierung eine neue Sachlage schaffen müßte und würde. Dieses Interview ist, wie Sie wissen, aus Gründen, die uns unbekannt sind, zurückgehalten worden und erschien erst am Tage nach der Ratifizierung in der französischen Kammer. So sehr ich entsprechend meiner Ankündigung in diesem Interview auch in Zukunft bereit sein werde und aufrichtig gewillt bin, im Sinne dieser deutsch-französischen Verständigung zu wirken, weil ich in ihr ein notwendiges Element der Sicherung Europas vor unabsehbaren Gefahren erblicke und weil ich mir für beide Völker aus keinem anderen Verhalten irgend einen möglichen Vorteil versprechen kann oder auch nur zu sehen vermag, wohl aber schwere allgemeine und internationale Gefahren erblicke, so sehr zwang mich die Kenntnis von der endgültigen Abmachung dieses Paktes nunmehr in eine Überprüfung der dadurch entstandenen Lage einzutreten und die daraus notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Diese Konsequenzen sind sehr schwere und sie tun uns und mir persönlich bitter leid. Allein ich bin verpflichtet, nicht nur der europäischen Verständigung Opfer zu bringen, sondern auch den Interessen meines eigenen Volkes zu gehorchen. Solange ein Opfer bei der Gegenseite auf Würdigung und Verständnis stößt, will ich mich gerne zum Opfer bekennen und werde dem deutschen Volke das gleiche empfehlen. In dem Augenblick, in dem aber feststeht, daß ein Partner diese Opfer nicht mehr bewertet oder würdigt, muß sich daraus eine einseitige Belastung Deutschlands ergeben und damit eine Diskriminierung, die für uns unerträglich ist. Ich möchte aber in dieser geschichtlichen Stunde und in diesem Plaze noch einmal das wiederholen, was ich in meiner ersten großen Reichstagsrede im Mai 1933 ausgesprochen habe: Das deutsche Volk wird lieber jede Not und Drangsal auf sich nehmen, als von dem Gebot der Ehre und dem Willen zur Freiheit und zur Gleichberechtigung abzuweichen. Wenn das deutsche Volk für die europäische Zusammenarbeit etwas wert sein soll, dann kann es diesen Wert nur haben als ein ehrliebender und daher gleichberechtigter Partner. In dem Augenblick, in dem es aufhört, diesen charakterlichen Wert zu besitzen, verliert es auch jeden sachlichen. Ich möchte weder uns noch die übrige Welt betrügen mit einem Volk, das dann nichts mehr wert sein würde, weil ihm das natürliche Ehrgefühl mangelt. Ich glaube aber auch, daß man selbst in der Stunde so bitterer Erkenntnis und schwerer Entscheidung nicht veräumen darf, für die europäische Zusammenarbeit trotz allem erst recht einzutreten und nach neuen Wegen zu suchen, um einer Lösung dieser Fragen in einem für alle nützlichen Sinne zu ermöglichen. Ich habe mich daher weiter bemüht, dem konkreten Vorschlag der Empfindung des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, das um seine Sicherheit besorgt, für seine Freiheit zu jedem Opfer bereit zu einer wirklichen, aufrichtigen und gleichwertigen europäischen Zusammenarbeit aber jederzeit gewillt ist.

Nach schwerem innerem Ringen habe ich mich daher namens der deutschen Reichsregierung entschlossen, heute der französischen Regierung und den übrigen Signatarmächten des Locarnopaktes folgendes Memorandum überreichen zu lassen:

Memorandum

Sofort nach dem Bekanntwerden des am 2. Mai 1935 unterzeichneten Paktes zwischen Frankreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hat die Deutsche Regierung die Regierungen der übrigen Signatarmächte des Rheinpakt von Locarno darauf aufmerksam gemacht, daß die Verpflichtungen, die Frankreich in dem neuen Pakt eingegangen ist, mit seinen Verpflichtungen aus dem Rheinpakt nicht vereinbar sind. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt damals sowohl rechtlich als politisch ausführlich begründet, und zwar in rechtlicher Beziehung in dem deutschen Memorandum vom 25. Mai 1935, in politischer Beziehung in den vielfachen diplomatischen Befprehungen, die sich an dieses Memorandum angeschlossen haben.

Den beteiligten Regierungen ist auch bekannt, daß weder ihre schriftlichen Antworten auf das deutsche Memorandum, noch die von ihnen auf diplomatischem Weg oder in öffentlichen Erklärungen vorgebrachten Argumente den Standpunkt der deutschen Regierung erschüttern konnten.

In der Tat hat die gesamte Diskussion, die seit dem Mai 1935 diplomatisch und öffentlich über diese Fragen geführt worden ist, in allen Punkten nur die Auffassung der Deutschen Regierung bestätigen können, die sie von Anfang an zum Ausdruck gebracht hat:

1. Es ist unbestritten, daß sich der französisch-sowjetische Vertrag ausschließlich gegen Deutschland richtet.

2. Es ist unbestritten, daß Frankreich in dem Fall eines Konfliktes zwischen Deutschland und der Sowjetunion Verpflichtungen übernimmt, die weit über seinen Austrag aus der Völkerbundsatzung hinausgehen und die es selbst dann zu einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland zwingen, wenn es sich dabei weder auf eine Empfehlung oder überhaupt auf eine vorliegende Entscheidung des Völkerbunds berufen kann.

3. Es ist unbestritten, daß Frankreich in einem solchen Falle also das Recht für sich in Anspruch nimmt, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, wer der Angreifer ist.

4. Es steht somit fest, daß Frankreich der Sowjetunion gegenüber Verpflichtungen eingegangen ist, die praktisch darauf hinauslaufen, gegebenenfalls so zu handeln, daß weder die Völkerbundsatzung, noch der Rheinpakt, der auf diese Sätze Bezug nimmt, in Geltung wären.

Dieses Ergebnis eines französisch-sowjetischen Vertrages wird nicht damit befeuert, daß Frankreich darin den Vorbehalt gemacht hat, zu einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland dann nicht verpflichtet sein zu wollen, wenn es sich durch ein solches Vorgehen einer Sanktion seitens der Garantemächte Italien und Großbritannien aussetzen würde. Diesem Vorbehalt gegenüber bleibt nur die Tatsache entscheidend, daß der Rheinpakt nicht etwa auf Garantieverpflichtungen Großbritanniens und Italiens, sondern primär auf den im Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland festgesetzten Verpflichtungen beruht.

Es kommt deshalb allein darauf an, ob sich Frankreich bei der Übernahme dieser Vertragsverpflichtungen in jenen Grenzen gehalten hat, die ihm im Verhältnis zu Deutschland durch den Rheinpakt auferlegt worden sind. Das aber muß die deutsche Regierung verneinen.

Der Rheinpakt sollte das Ziel verwirklichen, den Frieden im Westen Europas dadurch zu sichern, daß Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits in ihrem Verhältnis zueinander für alle Zukunft auf die Anwendung militärischer Gewalt verzichten. Wenn beim Abschluß des Paktes bestimmte Ausnahmen von diesem Kriegsverzichtsübereinkommen über das Selbstverteidigung hinaus zugelassen wurden, so lag, wie allgemein bekannt, der politische Grund hierfür allein darin, daß Frankreich schon vorher gegenüber Polen und der Tschchoslowakei bestimmte Bündnisverpflichtungen übernommen hatte, die es der Idee der absoluten Friedenssicherung im Westen nicht opfern wollte. Deutschland hat sich aus seinem guten Gewissen heraus damals mit diesen Einschränkungen des Kriegsverzichts abgefunden. Es hat die von dem Vertreter Frankreichs auf den Tisch von Locarno gelegten Verträge mit Polen und der Tschchoslowakei nicht beanstandet, allein unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese Verträge sich an die Konstruktion des Rheinpaktes anpassen und keinerlei Bestimmungen über die Handhabung des Artikels 16 der Völkerbundsatzung enthalten, wie sie in den französisch-sowjetischen Abmachungen vorgesehen sind.

Dem entspricht auch der Inhalt dieser Sonderabmachungen. Die im Rheinpakt zugelassenen Ausnahmen sind allerdings nicht ausdrücklich auf Polen oder die Tschchoslowakei abgestellt, sondern abstrakt formuliert worden. Es war aber der Sinn aller hierauf bezüglichen Verhandlungen, nur einen Ausgleich zwischen dem deutsch-französischen Kriegsverzichtsübereinkommen und dem Wunsch Frankreichs nach Aufrechterhaltung seiner schon bestehenden Bündnisverpflichtungen zu finden. Wenn sich daher Frankreich die abstrakte Formulierung der im Rheinpakt zugelassenen Kriegsmöglichkeitsbestimmungen jetzt zuunehmen macht, um ein neues Bündnis mit einem militärisch hoch gerüsteten Staat gegen Deutschland abzuschließen, wenn es so die Tragweite des von ihm mit Deutschland vereinbarten Kriegsverzichts weiterhin und in so entscheidender Weise einschränkt und wenn es dabei, wie oben dargelegt, nicht einmal die festgesetzten formellen Grenzen innehält, so hat es damit eine völlig neue Lage geschaffen und das politische System des Rheinpaktes sowohl dem Sinne nach als auch tatsächlich zerstört.

Die letzten Debatten und Beschlüsse des französischen Parlamentes haben erwiesen, daß Frankreich trotz der deutschen Vorstellungen entschlossen ist, den Pakt mit der Sowjetunion endgültig in Kraft zu setzen, so eine diplomatische Unterredung hat ergeben, daß sich Frankreich schon jetzt an die von ihm geleistete Unterzeichnung dieses Paktes vom 2. Mai 1935 als gebunden anseht. Gegenüber einer solchen Entwicklung der europäischen Politik kann aber die deutsche Reichsregierung, will sie nicht die ihr pflichtgemäß anvertrauten Interessen des deutschen Volkes verwahrlosen lassen oder preisgeben, nicht untätig bleiben. Die deutsche Regierung hat bei den Verhandlungen der letzten Jahre stets betont, alle sich aus dem Rheinpakt ergebenden Verpflichtungen so lange zu halten und erfüllen zu wollen, als die anderen Vertragspartner auch ihrerseits bereit sind zu diesem Pakt zu stehen. Diese selbstverständliche Voraussetzung kann jetzt aus den Seiten Frankreichs nicht mehr erfüllt angesehen werden. Frankreich hat die ihm von Deutschland immer wieder gemachten freundschaftlichen Angebote und friedlichen Versicherungen unter Verletzung des Rheinpaktes mit einem ausschließlich gegen Deutschland gerichteten militärischen Bündnis mit der Sowjetunion beantwortet.

Damit hat der Rheinpakt von Locarno aber seine inneren Sinn verloren und praktisch aufgehört zu existieren.

Deutschland sieht sich daher auch seinerseits nicht mehr als an diesen erloschenen Pakt gebunden an.

Die Deutsche Regierung ist nunmehr gezwungen, der durch dieses Bündnis neu geschaffenen Lage zu begegnen, einer Lage, die dadurch verschärft wird, daß der französisch-sowjetische Vertrag seine Ergänzung in einem genau parallel gestalteten Bündnisvertrag zwischen der Tschchoslowakei und der Sowjetunion gefunden hat.

Im Interesse des primitiven Rechtes eines Volkes auf Sicherung seiner Grenzen und zur Wahrung seiner Verteidigungsmöglichkeiten hat daher die Deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage

die volle und uneingeschränkte Souveränität des Reiches und der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes wieder hergestellt.

Um aber jeder Mißdeutung ihrer Absichten vorzubeugen und den rein defensiven Charakter dieser Maßnahmen außer Zweifel zu setzen, sowohl als ihrer ewig gleichbleibenden Sehnsucht nach einer wirklichen Befriedigung Europas zwischen gleichberechtigten und gleichberechtigten Staaten Ausdruck zu verleihen, erklärt sich die Deutsche Reichsregierung bereit, auf der Grundlage der nachstehenden Vorschläge neue Vereinbarungen für die Aufrichtung eines Systems der europäischen Friedenssicherung zu treffen:

1. Die deutsche Reichsregierung erklärt sich bereit, mit Frankreich und Belgien über die Bildung einer beiderseitigen entmilitarisierten Zone sofort in Verhandlungen einzutreten und einem solchen Vorschlag in jeder Tiefe und Auswirkung unter der Voraussetzung der vollkommenen Parität von vornherein ihre Zustimmung zu geben.

2. Die deutsche Reichsregierung schlägt vor, zunächst zur Sicherung der Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der Grenzen im Westen einen Nichtangriffspakt zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien abzuschließen, dessen Dauer sie bereit ist, auf 25 Jahre zu fixieren.

3. Die deutsche Reichsregierung wünscht England und Italien einzuladen, als Garantemächte diesen Vertrag zu unterzeichnen.

4. Die deutsche Reichsregierung ist einverstanden, falls die Königlich niederländische Regierung es wünscht, und die anderen Vertragspartner es für angebracht halten, die Niederlande in diesen Vertrag einzubeziehen.

5. Die deutsche Reichsregierung ist bereit, zur weiteren Verstärkung dieser Sicherheitsabmachungen zwischen den Westmächten einen laufenden Pakt abzuschließen, der geeignet ist, der Gefahr plötzlicher Lustangriffe automatisch und wirksam vorzubeugen.

6. Die deutsche Reichsregierung wiederholt ihr Angebot, mit dem im Osten an Deutschland grenzenden Staaten ähnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschließen. Da die litauische Regierung in den letzten Monaten ihre Stellung dem Nemeigebiet gegenüber eine gewissen Korrektur unterzogen hat, nimmt die deutsche Reichsregierung die Litauen betreffende Ausnahme, die sie einst machen mußte, zurück und erklärt sich unter der Voraussetzung eines wirklichen Ausbaues der garantierten Autonomie des Nemeigebietes bereit, auch mit Litauen einen solchen Nichtangriffspakt zu unterzeichnen.

7. Nach der nunmehr erreichten endlichen Gleichberechtigung Deutschlands und der Wiederherstellung der vollen Souveränität über das gesamte deutsche Reichsgebiet sieht die deutsche Regierung den Hauptgrund für den seinerzeitigen Austritt aus dem Völkerbund als behoben an. Sie ist daher bereit, wieder in den Völkerbund einzutreten. Sie spricht dabei die Erwartung aus, daß im Laufe einer angemessenen Zeit auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen die Frage der kolonialen Gleichberechtigung sowie die Frage der Trennung des Völkerbundsstatus von seiner Verfallener Grundlage geklärt wird.

Männer, Abgeordnete des Deutschen Reiches!

In dieser geschichtlichen Stunde, da in den westlichen Provinzen des Reiches deutsche Truppen soeben ihre künftigen Friedensgarnisonen beziehen, vereinigen wir uns alle zu zwei heiligen Bekenntnissen:

1. Zu dem Schwur, vor keiner Macht und vor keiner Gewalt in der Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes zurückzuzweichen und lieber der schwersten Not ehrenvoll zu erliegen, als jemals vor ihr zu kapitulieren.

2. Zu dem Bekenntnis, nun erst recht für eine Verständigung der Völker Europas insbesondere für eine Verständigung mit unseren westlichen Vätern und Nachbarn einzutreten.

Nach drei Jahren, glaube ich, so mit dem heutigen Tag den Kampf um die deutsche Gleichberechtigung als abgeschlossen ansehen zu können. Ich glaube, daß damit aber die erste Voraussetzung für unsere seinerzeitige Zurückziehung aus der europäischen kollektiven Zusammenarbeit weggefallen ist.

Wenn wir daher nunmehr wieder bereit sind, zu dieser Zusammenarbeit zurückzukehren, dann geschieht es mit dem aufrichtigen Wunsch, daß vielleicht diese Vorgänge und ein Rückblick auf diese Jahre mitwirken werden, das Verständnis für diese Zusammenarbeit auch bei den anderen europäischen Völkern zu vertiefen. Wir haben in Europa keine territorialen Forderungen zu stellen. Wir wissen vor allem, daß alle die Spannungen, die sich entweder aus falschen territorialen Bestimmungen oder aus den Mißverhältnissen der Volkszahlen mit ihren Lebensräumen ergeben, in Europa durch Krieg nicht gelöst werden können. Wir hoffen aber, daß die menschliche Einsicht mithelfen wird, das Schmerzlische dieser Zustände zu mildern und Spannungen auf dem Wege einer langsamen evolutionären Entwicklung in friedlicher Zusammenarbeit zu beheben.

Und insbesondere empfinde ich mit dem heutigen Tage erst recht die Notwendigkeit der Verpflichtung zu würdigen, die uns die wiedergewonnene nationale Ehre und Freiheit auferlegen, Verpflichtungen nicht nur unserem eigenen Volk gegenüber, sondern auch gegenüber den übrigen europäischen Staaten. So möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Gedanken, die ich in den 13 Punkten meiner letzten Rede hier ausgesprochen habe, in die Erinnerung der europäischen Staatsmänner zurückrufen mit der Versicherung, daß wir Deutsche gern alles tun wollen, was zur Verwirklichung dieser sehr realen Ideale möglich und nötig ist.

Meine Parteigenossen! Seit drei Jahren führe ich nun die Regierung des Deutschen Reiches und damit des deutschen Volkes. Groß sind die Erfolge, die mich die Vorsehung in diesen drei Jahren für unser Vaterland erringen ließ. Auf allen Gebieten unseres nationalen, politischen und wirtschaftlichen Lebens ist unsere Stellung gebessert worden. Ich darf an diesem Tage aber auch bekennen, daß mich in dieser Zeit zahlreich

Sorgen bedrückten und unzählige schlaflose Nächte erfüllte Tage begleiteten. Ich konnte dies alles nur tun, weil ich mich nie als Diktator meines Volkes, sondern stets nur als sein Führer und damit als sein Beauftragter gefühlt habe. Ich habe um die innere Zustimmung des deutschen Volkes zu meinem Ideal 14 Jahre gerungen und bin dann dank seines Vertrauens von dem ehrwürdigen Generalfeldmarschall gerufen worden. Ich habe aber auch seitdem alle meine Kraft nur aus dem glücklichen Bewußtsein geschöpft, mit meinem Volk untrennbar verbunden zu sein, als Mann und als Führer.

Ich kann diese geschichtliche Periode der Wiederherstellung der Ehre und Freiheit meines Volkes nicht abschließen, ohne das deutsche Volk nunmehr zu bitten, mir und damit allen meinen Mitarbeitern und Mitkämpfern die nachträgliche Zustimmung zu erteilen zu all dem, was ich in diesen Jahren an oft scheinbar eigenwilligen Entschlüssen, an harten Maßnahmen durchzuführen und an großen Opfern fordern mußte. Ich habe mich deshalb entschlossen, am heutigen Tage

den Deutschen Reichstag aufzulösen,

damit das deutsche Volk sein Urteil abzugeben vermag über meine und meiner Mitarbeiter Führung.

In diesen drei Jahren hat Deutschland wieder zurückerhalten seine Ehre, wiedergewonnen seinen Glauben, überwunden seine größte wirtschaftliche Not und endlich einen neuen kulturellen Aufstieg eingeleitet. Dies glaube ich vor meinem Gewissen und vor meinem Gott aussprechen zu dürfen.

Ich bitte jetzt das deutsche Volk, mich in meinem Glauben zu stärken und mir durch die Kraft seines Vertrauens auch weiterhin die eigene Kraft zu geben, um für seine Ehre und seine Freiheit jederzeit mutig einzutreten und für sein wirtschaftliches Wohlergehen sorgen zu können und mich besonders zu stützen in meinem Ringen um einen wahrhaften Frieden.

Reichstag aufgelöst Neuwahlen am 29. März

Im Anschluß an die Rede des Führers verlas Ministerpräsident Göring eine Botschaft des Führers, in der der Reichstag mit Ablauf des 28. März aufgelöst wird.

Die Neuwahlen zum Reichstag finden am Sonntag, den 29. März 1936, statt.

Anschließend verlas Reichstagspräsident Göring folgende Botschaft des Führers:

„In der Absicht, dem deutschen Volk die Gelegenheit zu geben, der mit dem heutigen Tage abgeschlossenen dreijährigen Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reiches, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben nach einer wahren Völkerverständigung und -verständigung auf den Grundlagen gleicher Rechte und gleicher Pflichten seine feierliche Zustimmung erteilen zu können, löse ich den Reichstag mit Ablauf des 28. März 1936 auf. Die Neuwahlen zum Reichstag finden am Sonntag, den 29. März 1936, statt.“

Schlussansprache Görings

Reichstagspräsident Göring führte dann aus:

„Meine Abgeordneten! Sie haben soeben eine Stunde gewaltigster Bedeutung für unser Volk und Vaterland durchlebt. Deutschland, unser Volk, ist frei. Vor Jahren hat der Führer versprochen, Freiheit und Ehre des deutschen Volkes wiederherzustellen. Seinem Ringen, seinen Entschlüssen, seinem gewaltigen Kampf ist es gelungen. Das Versprechen ist erfüllt. Klar liegt die Zukunft vor uns, von ihm aufgezeigt, ebenso klar wie in der Vergangenheit der Weg von ihm geführt wurde. Wir brauchen heute, Abgeordnete, dem Führer keine neuen Beteuerungen zu geben. Jedermann tue jetzt seine Pflicht. Beweisen Sie, daß ein Volk und ein Führer auch einen Willen allein gebiert. Die Völker und Nationen der Welt und Europas haben den Ruf unseres Führers gehört. Das letzte Hindernis einer aufrichtigen Verständigung ist nunmehr gefallen.“

Was das Schicksal uns auch geben wird, wir sind bereit. Im Glauben an den Allmächtigen, im Vertrauen auf den Führer und im Glauben an die Kraft unseres Volkes werden wir in ruhiger Sicherheit unseren Weg gehen und gemeinsam in dem soeben für den Führer gegebenen Gelöbnis unerschütterlich hinter ihm stehen in jedem Augenblick des Kampfes und des Lebens. Wir sind bereit, alles — das gesamte deutsche Volk bekennt sich zu dieser Bereitschaft —, alles einzusetzen, auch das Leben, damit Deutschland leben kann.“

Präsident Göring schloß die letzte Sitzung dieses Reichstages mit einem Sieg-Heil auf Führer und Vaterland. Mit einer kaum jemals gehörten Begeisterung wurden die Worte des Führers und Horst-Wessel-Liedes gefungen. Der Führer verabschiedete sich mit Handschlag von den Kabinettsmitgliedern und verließ dann unter immer erneut aufbrausenden Heirufen den Saal. Die Kundgebungen setzten sich auf der Straße und auf dem Wege des Führers zur Reichskanzlei fort.

Württemberg

Amtliche Dienstmeldungen

Ernannt: Den Rechnungsrat Hermann im Finanzministerium zum Oberrückrechnungsrat, den Obersekretär Risse bei der Bauabteilung des Finanzministeriums zum Rechnungsrat, Oberrechnungsrat Großhans bei der Präsidialabteilung des Oberlandesgerichts Stuttgart zum Justiz- und Kassenschatz, Obersekretär Archl von Elm, Hilfsnotar in Laupheim, zum Bezirksnotar in Schömberg.

Belehrt: Den Hauptlehrer Wilhelm Möbus in Nishofen Kreis Hall an die evang. Volksschule in Neutlingen, die Hauptlehrerin Berta Bauerlein in Sindelfingen an die Frauenaufbauerschule in Kornwestheim.

Erledigt: Je eine Lehrstelle an der evang. Volksschule in Bietigheim, Eningen u. A., 2 Lehrstellen, Friedrichstal Kreis Freudenstadt, Schüdingen Kreis Maulbronn, Baihingen a. G., eine Hauptlehrerinnenstelle an der Frauenaufbauerschule Sindelfingen.

